

Aus dem Großen Räte.

Die ordentliche Sitzung vom 12. März gab Gelegenheit zu zwei „Schnee“ Interpellationen, indem von kommunistischer Seite bessere Entlohnung der Arbeitslosen-Schneeschaufler begehrt wurde, während von anderer Seite der Regierungsrat auf die Verkehrsbehinderung durch die großen Schneemengen aufmerksam gemacht wurde. Es bestand in weiten Kreisen die Meinung, die Regierung sei nicht rechtzeitig und mit der nötigen Energie diesem außerordentlichen Naturereignis entgegengetreten. Demgegenüber antwortete unser Baudirektor, daß die Verwaltungsbehörde die Entlohnung als genügend erachte. Auch sei für die Begräumung das Mögliche getan worden, da bis über 600 Arbeiter beschäftigt wurden, mehr sei nicht möglich gewesen mangels Kontrolle und Material. Eine dritte Interpellation war erfolgt wegen einem Zusammenstoß eines Tramwagens mit einem Fastnachtszug am Fastnachtsmittwoch. Hierüber schwebt jedoch noch eine Untersuchung. — Nachdem diese „wichtigen“ Angelegenheiten erledigt waren, konnten die ordentlichen Geschäfte ihren Fortgang nehmen. — Bestätigt wurden 36 neue Stadtbürger- und 2 Riehener-Bürgerbriefe. Diese betrafen die Herren E. Seiler-Burger, Gemeinderat und Otto Merkle-Spich. — Drei Kommissionswahlen für ein verstorbenes Mitglied fanden vorschlagsgemäße Erledigung, desgleichen vier Budgetnachträge, worunter eine Entschädigung an die Wwe. des seiner Zeit am Untern Rheinweg erschossenen Sekuritaswächters im Betrage von 18,250 Franken inklusiv Kosten. — Hierauf erfolgte Erledigung eines Ratschlages betreffend Notunterstützung von Arbeitslosen und dem Regierungsrat wurde für diesen Zweck ein Kredit erteilt von 100,000 Franken. — In erster Lesung passierte ein Bericht der Großenratskommission für die Vorlage betreffend Verwendung gedruckter Stimmzettel bei den Wahlen nach absoluten Mehr wonach dem Stimmberechtigten seine „große“ Arbeit im Wahllokal erleichtert werden soll. Zum Schluß wurde der Beschluß gefaßt, das Bankgebäude der Basler Kantonalbank an der Schifflande für Zwecke der öffentlichen Verwaltung anzukaufen zum Preise von 1 Million Franken. — Nächste Sitzung am 26. März.